

Ein Zentrum für die Politische Geographie in Münster

Macht, Politik und Raum

**Paul Reuber,
Günter Wolkersdorfer**

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben Fragen der territorialen politischen Neuordnung und der Geopolitik wieder Konjunktur wie lange nicht mehr. Seit dem Anschlag des 11. September und den nachfolgenden Kriegen in Afghanistan und dem Irak steht das Thema Macht, Politik und Raum fast täglich auch im Zentrum des öffentlichen Interesses. Gerade die aktuellen Konflikte machen deutlich, wie entscheidend die Konstruktion geopolitischer Leitbilder für Ausbruch und Verlauf von Konflikten und Kriegen sein kann. Zur wissenschaftlichen Analyse dieser Themenbereiche ist in Münster ein Zentrum der Politischen Geographie in Deutschland entstanden.

Das Institut für Geographie und die Universität Münster haben in den vergangenen Jahren einen in Deutschland derzeit einmaligen Schwerpunkt aufgebaut: ein Zentrum für die Politische Geographie. Die Politische Geographie, die in ihrem Kern das Dreieck von Gesellschaft, Raum und Macht untersucht, nimmt ein Forschungsthema in den Blick, das angesichts der großen Krisen, Kriege und Konflikte des neuen Jahrtausends eine Aktualität besitzt wie selten zuvor. Sie bearbeitet im Detail ein sehr breites Spektrum von Problemen, das von der Rekonstruktion lokaler



Standort- und Umweltkonflikte über die Untersuchung und Moderation regionaler Planungskonflikte bis zur Analyse geopolitischer Leitbilder im internationalen und globalen Maßstab reicht.

Am münsterschen Institut für Geographie laufen auch die organisatorischen Fäden des „Arbeitskreises Politische Geographie“ zusammen, der vor drei Jahren ins Leben gerufen wurde (www.politische-geographie.de). Diesem Kompetenznetzwerk gehören mittlerweile über 60 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland und den europäischen Nachbarländern an. Es bündelt die Forschungsaktivitäten zur Politischen Geographie im gesamten deutschsprachigen Raum und wird zukünftig auch den Verbindungspunkt zur International Geographical Union (IGU) bilden.

Die Universität Münster wird dadurch zu einem konzeptionellen und logistischen Zentrum der Politischen Geographie, was auch durch entspre-

Abb. 1: „Illegale“ Siedlungen in einem Nationalpark in Nordostthailand. Ein Teil der Dorfbewohner ist nach einer erzwungenen Umsiedlung wenige Monate später an die alten Siedlungsplätze zurückgekehrt und hat sich hier unter rechtlich unsicheren Rahmenbedingungen notdürftig wieder eingerichtet.

chende Tagungen und Kongresse, durch die Koordination politisch-geographischer Veröffentlichungen von Münster aus sowie durch die zukünftige Herausgabe einer eigenen Schriftenreihe zum Ausdruck kommt.

Dieser neue Schwerpunkt schärft nicht nur das Profil der Universität, er passt auch zur besonderen kulturellen Tradition Münsters. In der Stadt des Westfälischen Friedens haben sich immer schon Menschen mit den fundamentalen Auseinandersetzungen um „Macht und Raum“ beschäftigt. Nicht umsonst ehrt die Stadt bis heute durch

die Verleihung des Westfälischen Friedenspreises herausragende Personen, die sich in diesem Bereich besondere Verdienste erworben haben. Der Schwerpunkt Politische Geographie fügt diesem kulturellen Alleinstellungsmerkmal Münsters einen weiteren Mosaikstein hinzu.

Ansätze und Forschungsfelder

Was untersuchen die Politischen Geographen in Münster? Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser kurzen Vorstellung die verzweigten Aktivitäten der Politischen Geographie angemessen darzustellen. Im Folgenden sollen daher eher überblicksartig das Forschungsfeld und einige exemplarisch ausgewählte Projekte präsentiert werden.

In der Politischen Geographie haben sich derzeit vor allem zwei Forschungsperspektiven herausgebildet, die vor Ort sowohl in der theoretischen Grundlagenforschung als auch anhand empirischer Fallanalysen bearbeitet werden (Abbildung 2):

Die Schule der „Critical Geopolitics“ (Kritische Geopolitik) legt den Schwerpunkt ihrer Betrachtung auf die kritische Analyse und Dekonstruktion geopolitischer Leitbilder und Diskurse. Sie zeigt, dass diese keine quasi objektiven oder realistischen Analysen geopolitischer Kräfteverhältnisse darstellen, sondern dass sie als sprachliche beziehungsweise kartographische Konstruktionen selbst Symbolkraft und geopolitische Bedeutung besitzen, indem sie an der Erschaffung und Reproduktion geopolitischer Weltbilder und Machtverhältnisse mitwirken.

Die Geographische Konfliktforschung konzentriert sich dagegen auf die Handlungen von Akteuren im Kontext von Auseinandersetzungen um „Macht und Raum“ in den sich neu for-

mierenden, lokal-globalen Konfliktfeldern des 21. Jahrhunderts, die oft mit einer starken regionalen Spezifik versehen sind (zum Beispiel lokale und regionale Standortkonflikte, Politische Ökologie).

Kritische Geopolitik

Bei der Entstehung und Verbreitung geopolitischer Leit- beziehungsweise Weltbilder spielen sprachliche Konstruktionen und kartographische Repräsentationen eine Schlüsselrolle, angefangen von den Reden der Politiker bis zu den vielfältigen Darstellungen in den Medien. Diese wissenschaftlich zu untersuchen, ihre subtile Rhetorik offen zu legen, sie zu dekonstruieren, wird – erst recht in einer multimedial vernetzten und inszenierten Welt – zur Kernaufga-

be einer zeitgemäßen Politischen Geographie. Das gilt umso mehr, weil geopolitische Leitbilder generell bei der konfliktreichen, oftmals kriegerischen Transformation der globalen Geographien der Macht nach dem „Kalten Krieg“ immer wieder zum Treibriemen der Auseinandersetzungen werden. In der Sprache entstehen die Geographien des „Eigenen“ und des „Fremden“, die Konfliktlinien zwischen „Freund“ und „Feind“, die dann bei der Eskalation von Konflikten blutiger Ernst werden können. Je mehr geopolitische Auseinandersetzungen in den Medien weltweit und fast zeitgleich präsent sind, desto bedeutender werden geopolitische Bilder, Karten und Diskurse mit ihrer vergrößernden, komplexitätsreduzierenden Wirkung für die Herstellung von Bündnissen und Massenloyalitäten in den jeweiligen Bevölkerungen.



Abb. 2: Forschungsrichtungen und laufende Projekte im Arbeitsbereich Politische Geographie am Lehrstuhl Reuber

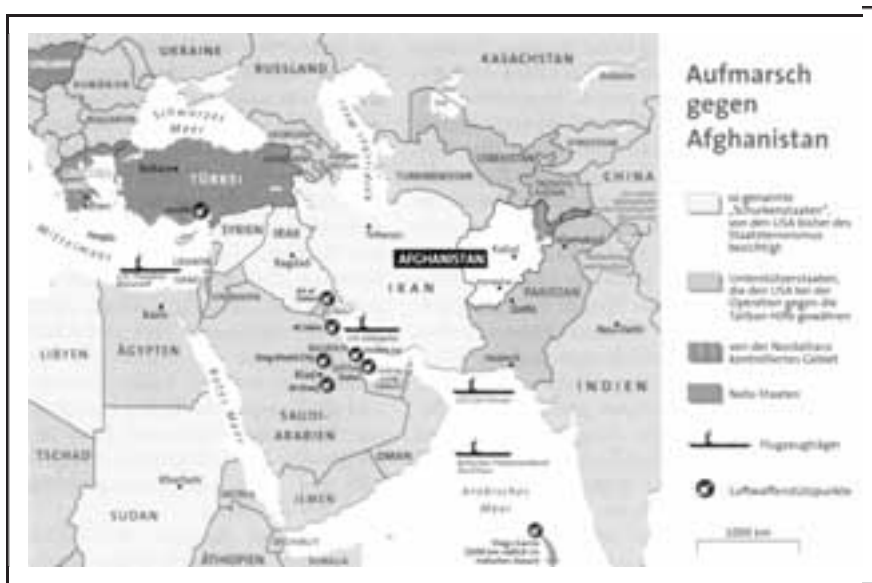


Abb. 3: Der Schurkenstaaten-Diskurs der Bush-Administration
 Die geopolitische Karte ist im Anschluss an die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon entstanden. Sie ist nur eines der vielen Beispiele für den Versuch, das Ereignis mit den etablierten, hauptsächlich in staatlichen Kategorien operierenden Mustern internationaler Politik kompatibel zu machen: Die „Identifizierung“ von Schurkenstaaten transferiert den Angriff eines transnational organisierten Netzwerkes von Terroristen in die traditionellen Denkmuster der internationalen Geopolitik: in eine realpolitische Auseinandersetzung zwischen Staaten. Erst diese Transformation lässt einen klar definierbaren Feind entstehen, gegen den mit den üblichen militärischen Mitteln vorgegangen werden kann.
 Quelle: Die Welt, 15.11.2001

Konzeptionell verlangt die Dekonstruktion geopolitischer Leitbilder von der Politischen Geographie eine Veränderung ihres erkenntnistheoretischen Blickwinkels: Wer etwa beim Terroranschlag von New York oder generell im Kontext der neuen geopolitischen Auseinandersetzungen nach dem Ende des Kalten Krieges die Geschehnisse angemessen analysieren will, muss über eine vermeintlich „objektive“ Analyse im Sinne alter, so genannter „realistischer“ Ansätze hinausgehen. Stattdessen gilt es, stärker die geopolitischen Repräsentationen in Sprache und Zeichen ins Zentrum der Forschungen zu rücken (vergleiche Abbildung 3). Das setzt ein konstruktivistisches Weltbild

voraus. Nur auf dieser Grundlage kann man Foucault folgen, der dargelegt hat, dass (auch) im Raum oder in der Sprache über Raum eine Archäologie der Macht kodiert ist, die der gesellschaftlichen Strukturierung und der Produktion und Reproduktion von Loyalitäten und Herrschaftsverhältnissen dient.

Ein solches Forschungsprogramm hat sich im angloamerikanischen Sprachraum unter dem Begriff der „Critical Geopolitics“ entwickelt. Dieser postmoderne Ansatz bildet auch am Institut für Geographie in Münster eine der beiden wesentlichen Säulen der politisch-geographischen Forschung. Er dekonstruiert geopolitische Sprachspiele und Karten, indem er solche Konstruktionen als „Machtdiskurse“ enttarnt. Eine solche Sichtweise zeigt, wie durch die sprachliche oder auch kartographisch-symbolische Verkopplung von Religion/Kultur/Ethnizität und „Raum“ Geopolitik gemacht wird, wie im Diskurs Regionen, Nationen et cetera konstruiert werden, in denen bestimmte Eigenschaften erwünscht sind und andere nicht, in denen die einen Menschen leben dürfen und die anderen ausgegrenzt oder vertrieben werden. Für das Schaffen von Differenz ist das territoriale Element unabdingbar. Geopolitische Diskurse bilden auf diese Weise die Grundlage zukünftiger territorialer Ordnungsvorstellungen, beispielsweise zwischen verschiedenen „Kulturen“ à la Huntington, zwischen Zentrum und Peripherie, Erster und Dritter Welt, „dem Norden“ und „dem

Süden“. Insofern kommt der Bildung von geopolitischen Ordnungsideen eine immense Bedeutung zu. Die wissenschaftliche Dekonstruktion solcher Weltbilder darf allerdings auch vor der kritischen Reflexion lieb gewordener Leitbilder der eigenen, westlichen Wertegemeinschaft nicht halt machen. Wer konsequent die geopolitische Begründungsrhetorik für die global orientierte Expansion wirtschaftlicher, politischer und anderer normativer Modelle dekonstruiert, muss prinzipiell auch die geopolitischen Implikationen der westlichen Demokratien und einer universalistischen Pax Americana zur Diskussion stellen, denn sie sind ebenfalls nur eine von mehreren „großen Erzählungen“ (Lyotard 1999) mittlerer Reichweite. Eine solche Abkehr vom Universalismus schärft den Blick für den Konstruktionscharakter jeglicher geopolitischer Weltbilder und Machtkonstellationen. Konzeptionelle Strömungen wie der „Cultural Turn“ (Johnston 1997) oder der „Spatial Turn“ (Soja 1996) in der Kulturgeographie weisen einmal mehr auf die Ambivalenz der mancher Orten immer noch gehegten modernisierungstheoretischen Hoffnung hin, westliche Politikmodelle allzu leicht in einen anderen regionalen Kontext übertragen zu können. Konkrete Beispiele aus der laufenden Forschung sollen im Folgenden diese Konzeption erläutern.

„Nine Eleven“ und der Kampf gegen den Terror

Am Beispiel einer politisch-geographischen Analyse des Terroranschlags von New York und seiner geopolitischen Folgen wird besonders deutlich, warum traditionell objektivistische Methoden der Politischen Geographie hier versagen müssen. Wer nachvollziehen will, wie die geopolitischen Konflikte des neuen Jahrtausends ablaufen, wer zu verstehen sucht, welche besondere Rolle dabei die räumlichen Strukturen, Zeichen und Diskurse spielen, der muss stärker denn je die symbolischen Bedeutungen und geopolitischen Repräsentationen offen legen. Was die Terroristen am 11. September 2001 zerstören wollten, waren nicht zwei be-

Abbildung 4: Cyril Svoboda, Außenminister der Tschechischen Republik, mit Prof. Reuber (rechts) nach dem Interview zum Thema „Geopolitische Leitbilder Europas aus tschechischer Perspektive“ am 29.11.02 in Prag



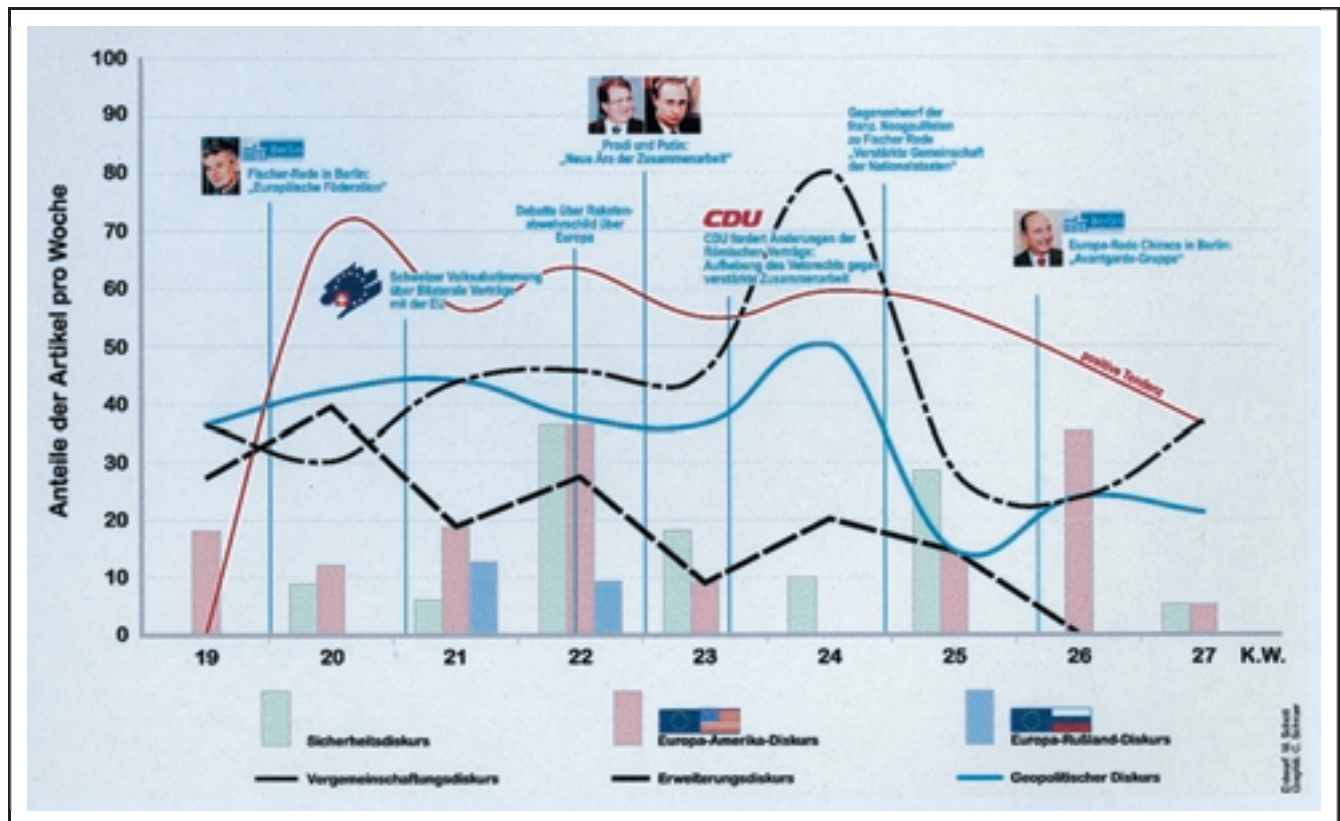
sonders hohe Hochhaustürme und ein fünfeckiger Funktionsbau. Ihr Ziel war der symbolische Gehalt der beiden Gebäude: Sie vernichteten mit dem World Trade Center das Aushängeschild einer ökonomischen Globalisierung westlich-abendländischen Zuschnitts, und sie trafen im Pentagon die symbolische Machtzentrale der militärischen Garantie- und Durchsetzungsmacht dieser neuen Weltordnung.

Das Beispiel zeigt: Im Raum oder in der Sprache über Raum ist eine „Archäologie der Macht“ kodiert, die je nach Kontext Ziel, Transmissionsriemen, Manipulationsinstrument und anderes sein kann und die sich nicht in Physiognomie und Funktion, sondern in Symbolisierung und Bedeutungszuschreibung äußert. Auch in den Reak-

tionen auf den Anschlag sind geopolitische Diskurse und Leitbilder wieder ein zentrales Instrument. Der Anschlag hat die Art und Weise, wie die internationale Geopolitik sprachlich-rhetorisch verfasst wird, massiv beeinflusst. Er hat – mit Foucault gesprochen – das Feld des Sagbaren verändert und vice versa dessen, was nicht gesagt werden

darf. Ein diskursanalytischer Zugriff kann die Dimension solch neuer geopolitischer „Zwangslogiken“ offen legen. Er kann zeigen, wie sehr hier mit den sprachlichen „Zwängen der Lage“

Abb. 5: Diskurs zum Thema Europa in der FAZ vom 8.5. bis 8.7.2000



aktive Geopolitik gemacht wird. Fast lehrbuchartig lässt sich verfolgen, wie in der Rhetorik von Politik und Medien ein zunächst räumlich disperses Netzwerk internationaler Terroristen sukzessive umgedeutet wird in einen territorial verfassten und „fassbaren“ Konflikt (Kampf der Kulturen, Schurkenstaaten, Afghanistan, Irak und anderes) – eine Strategie, die zur argumentativen Vorbereitung militärischer Gegenmaßnahmen unabdinglich scheint. Mit einer solchen „Verortung“ des Gegners manövriert sich die Politik aber immer wieder in eine „territoriale

Falle“ (Territorial Trap, Agnew 1994), in der dann Schuldige und Unschuldige in einer unausweichlichen Gemeinschaft den kriegerischen Aktionen ausgesetzt sind.

Mit der wissenschaftlichen Dekonstruktion der gegenwärtig verbreiteten geopolitischen Leitbilder und der auf ihnen aufbauenden territorialen Zwangslogiken ist es nicht nur möglich, brisante politisch-geographische Ereignisse in der Unmittelbarkeit des Geschehens zu analysieren, sondern den Bürgern einer partizipativen Zivilgesellschaft eine andere Perspektive der

Betrachtung, Konstruktion und Kritik zu ermöglichen.

Analyse geopolitischer Leitbilder Europas

Das Wirken geopolitischer Leitbilder unter „friedlicheren“ Bedingungen verfolgt ein von der DFG gefördertes Forschungsprojekt. Hier geht es am Beispiel der aktuellen Diskussion um die Erweiterung der Europäischen Union um deren Rolle als „strategische Regionalisierungen“ in der politischen Diskussion. Das Zentrum bildet deshalb die Analyse der sehr gegensätzlichen geopolitischen Leitbilder und Diskurse über Europa und die Europäische Union aus der Perspektive europapolitischer Schlüsselakteure. Im Vordergrund steht dabei die Frage, welche Grenzen, innere Gliederungen und politische Verfasstheiten in konkurrierenden territorialpolitischen Raumvorstellungen entworfen werden. Die vergleichende Dekonstruktion dieser Leitbilder soll zeigen, aus welchem aktorspezifischen Blickwinkel sie jeweils konstruiert sind und welchen strategischen, politischen und ökonomischen Interessen sie dienen. In Fallbeispielen werden die Konzepte von Europa-Befürwortern und Europa-Skeptikern innerhalb der EU (hier: Deutschland, Frankreich, Großbritannien), sowie von Anwärtern auf eine Mitgliedschaft (hier: Tschechien) miteinander verglichen.

Das methodische Vorgehen folgt einem kombinierten Verfahren: Ein diskursanalytischer Ansatz dient der vergleichenden Analyse geopolitischer Europa-Leitbilder und ein darauf aufbauender handlungsorientierter Zugriff zur interpretativen Rekonstruktion dahinter liegender Ziele und Strategien der Akteure. Eine parallel laufende Medienanalyse zeigt, wie sich der Diskurs über Europa im Spannungsfeld zwischen politischen Ereignissen und öffentlicher Bezugnahme auf Europa und die Europapolitik im Laufe der Zeit verändert. Erste Ergebnisse des laufenden Projektes machen bereits deutlich, wie sehr herausgehobene Reden, Gipfeltreffen und Entwürfe zur Zukunft der Europäischen Union ebenso auf die

Zur Geschichte der Geopolitik

Die Blütezeit der klassischen Geopolitik entwickelte sich ab Ende des 19. Jahrhunderts. Als wissenschaftliche Unterstützung für Imperialismus und Flottenpolitik fielen ihr seinerzeit konkrete hoheitliche Aufgaben bei der Vermessung, Aufteilung, Eroberung des Erdrums zu. Die Quantifizierung der Welt entlang exakter Raumeinheiten, zum Beispiel Breitenkreisen und Längengraden, war nur möglich durch die Sicht der Welt „... as a differentiated, integrated, hierarchically ordered whole“ (Gregory 1994, S. 36). Die geopolitische „Rahmung“ erfolgte durch die Dichotomisierung dieses Raumes. Jedes Ende dieses dichotomen Modells konstruierte sich darüber, was es im Gegensatz zum anderen nicht ist. „West gegen Ost“, „Nord gegen Süd“, „Morgenland gegen Abendland“, „Seereich gegen Kontinentalreich“ sind nur Beispiele einer viel größeren Zahl solcher geopolitischen Verortungen.

Historisch ist die Geschichte der deutschen Geopolitik eingebettet in die Sonderstellung des Deutschen Reiches, die als „Deutscher Sonderweg“ in der Geschichtsschreibung breit besprochen ist. Der nationale Zeitgeist in dieser Epoche charakterisierte sich „zunächst einmal in der einmütigen Ablehnung all dessen, was auch nur von ferne englischem oder insgesamt westeuropäischem Denken und Empfinden nahe kommt“ (Sombart, zit. nach Sprengel 1996, S. 162). In diesem geistigen Klima entwickelten die deutschen Protagonisten der Geopolitik ihre Ideen. Der Weg von den deterministischen und biologistischen geopolitischen Entwürfen der Geographen Friedrich Ratzel und Karl Haushofer bis zu Hitlers Lebensraumpolitik war folglich nicht sehr weit.

Nach dieser ideologischen Verstrickung und einer entsprechenden „Denkpause“ war ein Neuanfang unvermeidbar, der sich in Richtung einer nicht mehr geodeterministisch argumentierenden Politischen Geographie vollzog. Sie entwickelte sich etwa ab Mitte der 70er Jahre zunächst im angelsächsischen Sprachraum auf der Basis von Ansätzen aus der Kritischen Theorie, der Politischen Ökonomie und dann vor allem aus dem Bereich des Poststrukturalismus. Die in diesem Kontext wichtigste Schule ist derzeit die „Kritische Geopolitik“ (Critical Geopolitics), die sich seit Mitte der 90er Jahre auch in der deutschsprachigen Politischen Geographie zunehmend etabliert.



Abb. 6: Das „Dorf der Armen“ als Proteststrategie bei Ressourcenkonflikten in Thailand. Beim Dorf der Armen handelte es sich um ein (bewusst) provisorisches Zelt- und Hüttendorf, das jeweils Anfang 1996 und 1997 über 10.000 protestierende Nordostthailänder in Bangkok auf offener Straße vor dem Regierungsgebäude aufbauten. Die Aktion erregte seinerzeit nationale und internationale Aufmerksamkeit.

Diskursgenese einwirken, wie etwa die Auseinandersetzungen um die neue geopolitische Weltordnung nach 1989 (Irak-Krieg, Anti-Terror-Allianz und ähnlichem) (Abbildung 5).

Geographische Konfliktforschung

Die gegenwärtigen Veränderungen im Dreieck von Gesellschaft, Politik und Raum beschränken sich nicht allein auf die Neukonfiguration der globalen Geopolitik, wo der Ansatz der „Critical Geopolitics“ seine wichtigsten Forschungsfelder findet. Ein zweiter Fokus der Politischen Geographie widmet sich den neuen Formen regionaler und lokaler Auseinandersetzungen um „Raum und Macht“, die sich aus den großen gesellschaftlichen Umbrüchen unserer Zeit ergeben und die mit Begriffen wie Neoliberalisierung, Gover-

nance, ökologische Frage oder soziale Schere nur unzureichend und andeutungsweise etikettiert sind. Kernthemen sind hier

- die Neuverhandlung des „öffentlichen Raumes“, dessen traditionelle Rolle durch das Aufkommen post-moderner Konsum- und Freizeitwelten, durch Videoüberwachung und private Sicherheitsdienste und ähnliches in Frage gestellt wird
- die räumliche Ausgrenzung von so genannten Randgruppen der Gesellschaft, von Obdachlosen, Asylbewerbern et cetera.
- die Auseinandersetzungen um ökologische Ressourcen.

Die Untersuchung solcher Themen bildet den zweiten Schwerpunkt aktueller politisch-geographischer Forschungen. Empirische Beispiele aus laufenden Projekten ziehen sich von der Rekonstruktion regionaler und lokaler Konflikte bis zur Analyse von Umwelt- und Ressourcenkonflikten in Entwicklungsländern (Abbildung 2). Konzeptionell gesehen geht es dabei um ein Verstehen der Prinzipien, nach denen Auseinandersetzungen um räumlich gebundene Ressourcen ablaufen. Kernanliegen ist es, die Ziele und Handlungen der Akteure in raumbezogenen Konflikten zu rekonstruieren und sie in ihrer Abhängigkeit von den sozialen, politischen und räumlichen Rahmenbedingungen zu verstehen. Die Kernfragen lauten dabei:

- Nach welchen Zielen und mit welchen Strategien handeln Akteure bei raumbezogenen Nutzungs- oder Verteilungskonflikten?
- Wie organisieren und beeinflussen die sozialen und politischen Institutionen der Gesellschaft solche Konflikte?
- Welche Wirkung haben „räumliche“ Aspekte im Sinne geographischer Konstruktionen und Repräsentationen auf Verlauf und Ergebnis solcher Konflikte?

Mensch-Umwelt-Konflikte in Nordostthailand

Ein laufendes Projekt aus diesem Themenschwerpunkt analysiert Konflikte um ökologische Ressourcen in Nordostthailand. In dieser ökologisch sensiblen Region hat sich seit Beginn der neunziger Jahre ein dichtes Netzwerk neuer sozialer Bewegungen gebildet. Sie unterstützen die Betroffenen bei lokalen Raumnutzungskonflikten gegen die Interessen nationaler und internationaler Akteure, die ihren „ökologischen Schatten“ (Soyez & Barker 1998) auf die Peripherie werfen. Die Auseinandersetzungen drehen sich hauptsächlich um drei Themen: um den Bau von Staudämmen, um eine umweltschädigende Nutzung vorhandener Ressourcen sowie um Landrechte und Landreform, besonders im Umfeld illegaler Siedlungstätigkeit in Waldschutzgebieten und Nationalparks (vergleiche Abbildung 1). War Anfang der neunziger Jahre noch offen, ob die Partizipationsbewegungen zu einem „lost cause“ werden würden, so verbuchte der Widerstand zwischenzeitlich mit zum Teil spektakulären Protestaktionen deutliche Erfolge und gewinnt an politischem Einfluss (vergleiche Abbildung 6). Dieses dichte Netz neuer sozialer Bewegungen ist ungewöhnlich für Asien und erst recht für das buddhistisch geprägte, ansonsten eher konfliktvermeidende Thailand.

Der massive und teilweise höchst erfolgreiche Widerstand lässt sich nicht allein mit Konzepten politisch-ökonomischer Dependenz verstehen. Er hat eine „regionale Note“, mehr noch, er hat sein spezielles „terrain of resistance“ (Routledge 1997), das ihm seine

Eigenständigkeit und Dynamik verleiht. Dass er sich in dieser Form hier und nirgendwo sonst entwickelte, liegt mit an der regionalen und ethnischen Sonderstellung der als „Isan“ bezeichneten Nordostregion. Mit der konzeptionellen Erweiterung des Blickwinkels um eine solche „regionsspezifische“ Perspektive folgt die Politische Geographie einem Trend der Kulturwissenschaften, die Bedeutung regionaler Kultur, Geschichte und Identität stärker für die Herausbildung eigenständiger Politik- und Konfliktstrategien zu berücksichtigen („cultural turn“, „spatial turn“). Die Region bildet dabei nicht länger nur eine Arena, sie ist gleichzeitig Medium und Symbol einer spezifischen Eigenständigkeit der politischen Kultur. Diese Sichtweise bietet eine Ergänzung traditioneller Theoriekonzepte in der Politischen Geographie und in der Entwicklungsländerdebatte, indem sie auf die ortsspezifisch-regionale Komponente politisch-geographischer Prozesse hinweist.

Solche Forschungsprojekte, die insbesondere die politische Dimension der Mensch-Umwelt-Problematik in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellen, fügen sich am Standort Münster gut in das Strukturkonzept des Fachbereichs Geowissenschaften ein, indem sie die Bedeutung einer die alte Kluft zwischen Natur- und Geisteswissenschaften überwindenden Forschung nicht nur theoretisch betonen, sondern auch in der praktischen Analyse umsetzen. Damit erweitern sie die bereits vorhandenen interdisziplinären Ansätze zwischen Geographie, Landschaftsökologie und Geoinformatik.

Forschungsvernetzung

Die oben dargestellten Forschungsfelder und Projekte bringen es mit sich, dass der in Münster neu eingerichtete Schwerpunkt „Politische Geographie“ einen starken Fokus auf nationale und internationale Kontakte in Politik und Praxis legt. Dies zeigt sich nicht nur durch den engen Austausch mit Bundesministerien und mit der Europäischen Kommission in verschiedenen Forschungsprojekten, sondern auch durch die intensive Einbindung in in-

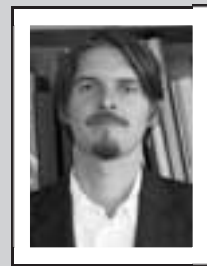
ternationale Netzwerke, die von der IGU (International Geographical Union) über Partneruniversitäten und verschiedene Friedensforschungsinstitute in Europa bis zu den Forschungspartnern in Südostasien und der United Nations University reichen.

Die Projekte der Politischen Geographie bringen darüber hinaus die Notwendigkeit der interdisziplinären Öffnung mit sich. Eine Forschungsrichtung, die ihren Gegenstand zwischen Macht, Politik und Raum ansiedelt, spricht neben der Geographie beinahe zwangsläufig Kolleginnen und Kollegen aus den Nachbarwissenschaften, insbesondere den Politikwissenschaften an. Dies schlägt sich nicht nur in der Zusammenarbeit vor Ort nieder, son-

dern auch in der weitläufigen Kooperation mit politikwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen.



Prof. Dr. Paul Reuber, geboren 1958, Studium der Geographie, Biologie und Pädagogik an der Universität Köln, 1993 Promotion in Köln, 1998 Habilitation in Heidelberg. 1989 bis 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter/Assistent an den Universitäten Köln und Heidelberg, Gastprofessor an den Universitäten Mainz und Khon Kaen, seit Juli 2001 Inhaber eines Lehrstuhls für Anthropogeographie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Sprecher des Arbeitskreises Politische Geographie der DGfG, Mitherausgeber „Studienbücher Geographie“, Fachgutachter für den DAAD, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie für Landeskunde. Forschungsschwerpunkte: Politische Geographie, Kulturgeographie und Sozialgeographie. Regionale Schwerpunkte: Deutschland, Europa, Südostasien



Dr. Günter Wolkersdorfer, geboren 1967 in Mödling bei Wien, 1990 bis 1997 Studium der Geographie an den Universitäten Köln und Bonn, 2000 Promotion in Hamburg, 1997 bis 1999 Angestellter am Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität Köln, 1999 bis 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geographischen Institut der Universität Heidelberg, seit 2001 wissenschaftlicher Assistent am Geographischen Institut der Universität Münster. Außerordentliches Mitglied der Deutschen Akademie für Landeskunde, Sprecher des Arbeitskreises „Politische Geographie“ der DGfG. Forschungsschwerpunkte: Politische Geographie, Kulturgeographie und Sozialgeographie